

Schmalkaldener Erklärung vom 28.01.2008

Die Stadt Schmalkalden hält die Bürgerbeteiligung an den Straßenausbaukosten in Form von Beiträgen für ungeeignet.

Die Stadt Schmalkalden fordert den Gesetzgeber auf, den Kommunen im Rahmen ihres kommunalen Selbstverwaltungsrechtes die Möglichkeit des steuerfinanzierten Straßenausbaus einzuräumen.

Begründung:

Gegenüber den Bürgern und Unternehmen sind unterschiedliche Beitragssätze zwischen den Bundesländern nicht vermittelbar. Die im Rahmen des ThürKAG und der thüringischen obergerichtlichen Rechtsprechung entwickelten Beitragssätze sind im Vergleich zu Sachsen unverhältnismäßig hoch. Hieraus entsteht ein echter Standortnachteil.

Die einmalige Abrechnung eines Straßenausbauaufwandes stellt wegen der geringen Rücklagen der Bürger regelmäßig eine erhebliche finanzielle Härte dar.

Der ländliche Raum ist gegenüber großen Städten, insbesondere früheren Bezirksstädten, erheblich benachteiligt. Die Infrastruktur war in den Bezirksstädten in der Wendezeit wesentlich besser entwickelt, so dass Sanierungsmaßnahmen bislang nur selten in einem Umfang erfolgten, der beitragsrelevant ist.

Eine Bürgerbeteiligung an den infrastrukturellen Maßnahmen durch maßvolles Anheben der Grundsteuer bringt eine bessere haushalterische Planbarkeit für die Stadt wie auch eine bessere Planbarkeit der Steuerpflichtigen.

gez. Kaminski,	Bürgermeister der Stadt Schmalkalden
gez. Hammen,	Fraktionsvorsitzender der Bürgerinitiative
gez. Johannes,	Fraktionsvorsitzender der CDU
gez. Saal,	Fraktionsvorsitzende der „DIE LINKE“
gez. Handy,	Fraktionsvorsitzender der SPD